

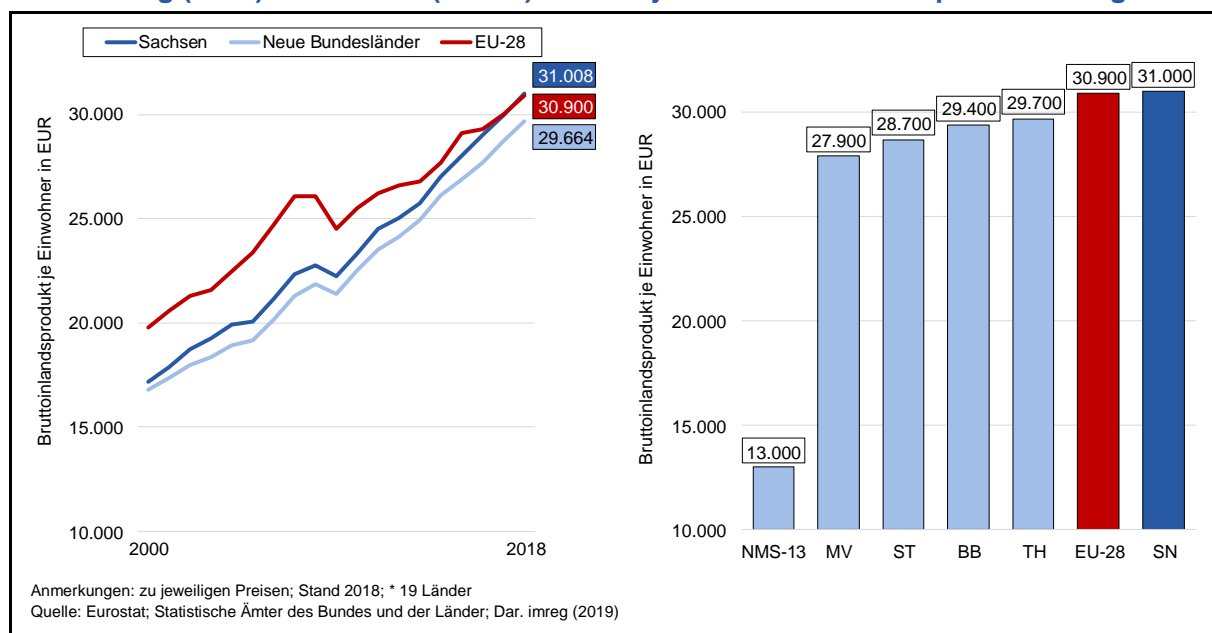
Ordnungspolitischer Standpunkt, August 2019

Kontakt: Dr. Cornelius Plaul
Tel. 0351 25593-604 . Fax 0351 25593-605 . info@imreg.de

Sachsens Wirtschaft mit starkem Aufholprozess – nominale Wirtschaftskraft überschreitet erstmals EU-Schnitt

Die Wirtschaftskraft in Sachsen überstieg 2018 erstmals den europäischen Durchschnitt. Damit ist dem Freistaat ein erfolgreicher Aufholprozess gelungen. Im Jahr 2000 erreichte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner erst 87% des EU-28-Mittels. Sachsen steht damit auch deutlich besser da als alle anderen ostdeutschen Flächenländer sowie die Staaten Mittel- und Osteuropas, die von einer ähnlichen Ausgangsbasis wie Sachsen ihre Transformation in die Marktwirtschaft starteten¹.

Entwicklung (links) und Niveau (rechts) des BIP je Einwohner im europäischen Vergleich



Basis dessen war die erfolgreiche Reindustrialisierung Sachsens infolge hoher Investitionen². Seit 1993 stieg der Industrieanteil von 12% auf aktuell 21%. Seit 2003 überschreitet er den Vergleichswert der westeuropäischen Staaten (16%)³. Diese Entwicklung ist auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar: Die Zahl sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigter stieg in den vergangenen zehn Jahren um rd. 15% auf über 1,6 Mio. an⁴. Die Arbeitslosigkeit ist auf aktuell weniger als 5,5% gesunken und liegt damit nur noch leicht über dem Bundesdurchschnitt⁵. Die Arbeitnehmerverdienste stiegen in Sachsen seit 2008 um 31% und damit signifikant stärker als bundesweit (+24%)⁶.

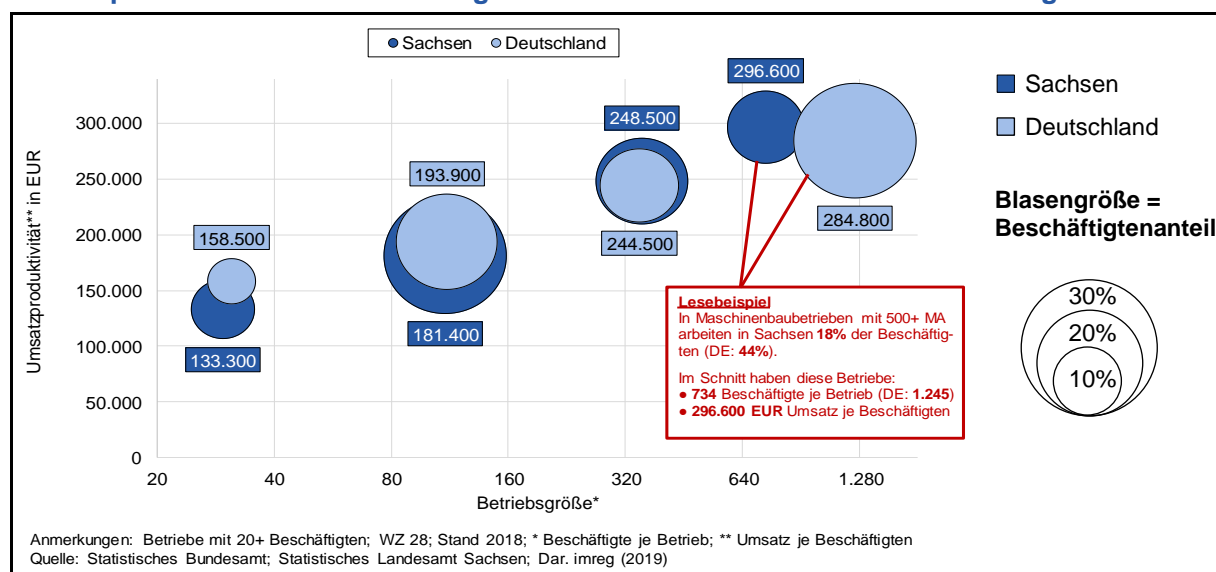
Dies spiegelt sich auch im Wanderungs- und Pendlerverhalten wider. Der Auspendlerüberschuss sank von rd. 37.000 Personen im Jahr 2013 auf nunmehr rd. 11.000. Seit 2014 verzeichnet Sachsen

zudem regelmäßig Wanderungsgewinne gegenüber den westdeutschen Ländern⁷. Die gute wirtschaftliche Entwicklung führt damit auch zu einer günstigeren Bevölkerungsentwicklung. Rechneten die amtlichen Prognosen 2011 noch mit 3,6 Mio. Sachsen im Jahr 2030⁸, wird aktuell von rd. 3,8 Mio. ausgegangen, was immerhin einer Korrektur von der Größe der Stadt Chemnitz entspricht⁹. Die Prognosen zur Erwerbsbevölkerung in Sachsen sind zwar weiterhin rückläufig, aber inzwischen günstiger als in einzelnen westdeutschen Ländern wie Saarland oder Rheinland-Pfalz¹⁰.

Sachsens Firmen trotz Strukturunterschieden wettbewerbsfähig

Trotz dieser positiven Entwicklung besteht auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine Produktivitätslücke zwischen Sachsen und dem Bundesschnitt¹¹, die maßgeblich in historisch bedingten Strukturunterschieden begründet ist und sich auch in noch immer geringeren Durchschnittslöhnen manifestiert¹². Auffällig ist zudem, dass sich die Strukturmerkmale der größeren Industriebetriebe bei FuE-Intensität¹³ und Qualifikation der Mitarbeiter¹⁴ in Sachsen deutlich vom bundesweiten Durchschnitt unterscheiden.

Umsatzproduktivität und Beschäftigtenanteil im Maschinenbau nach Betriebsgröße

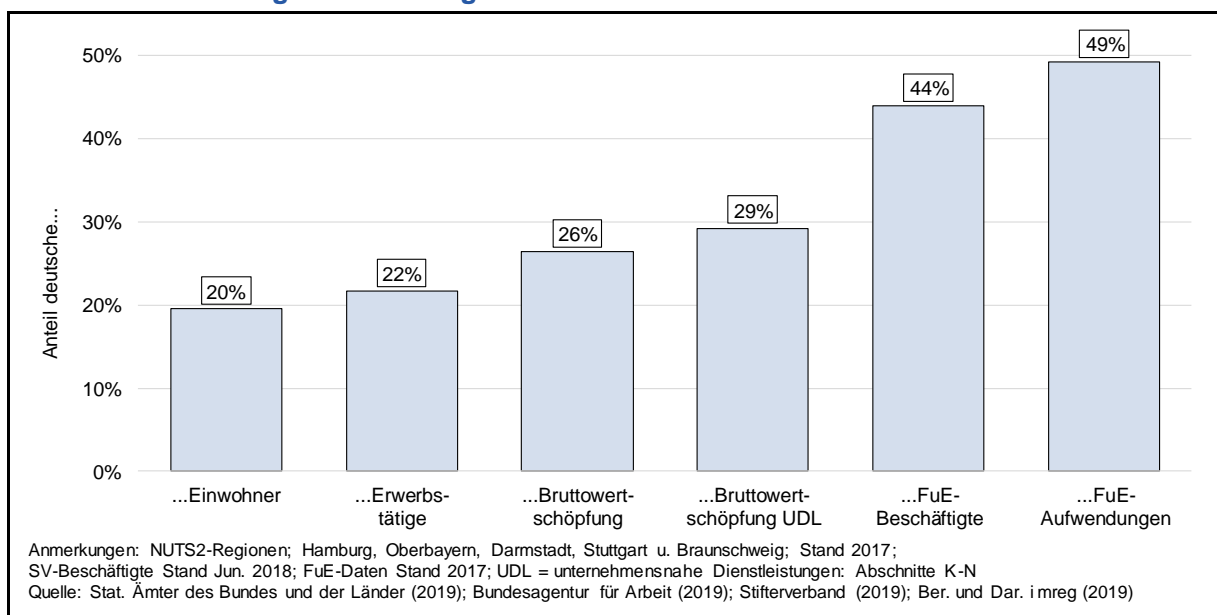


Stellt man allerdings strukturell vergleichbare Einheiten gegenüber, werden die vermeintlichen Differenzen in der regionalen Leistungsfähigkeit deutlich geringer oder kehren sich sogar um. Wie die Sonderauswertung nach Betriebsgrößenklassen im Maschinenbau zeigt, sind die Erlöse je Mitarbeiter innerhalb desselben Wirtschaftszweiges bei Betrachtung der einzelnen Firmengrößenklasse vergleichbar, aufgrund moderner Kapitalausstattung und guter Fachkräfte teils sogar höher als bundesweit. Dies zeigt sich bspw. auch darin, dass der Jahresüberschuss in ostdeutschen Industrieunternehmen trotz höherer Abschreibungen auf Bundesebene liegt¹⁵. Eine generell geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ostdeutscher Betriebe allein anhand der Himmelsrichtung, wie ihn manche

Studien darzustellen versuchen¹⁶, ist daher eine viel zu oberflächliche Wertung, die nicht auch noch zu falschen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen führen darf. Richtig ist allerdings, dass sich die Wohlstandslücke zu den westdeutschen Regionen – im Gegensatz zum europäischen Durchschnitt – in den vergangenen zehn Jahren kaum geschlossen hat.

Dies ist aber vor allem auf persistente strukturelle Unterschiede nach Branchen und Betriebsgrößen zurückzuführen, die wiederum im Wesentlichen in Agglomerationsvorteilen in den westdeutschen Bundesländern begründet sind. So erbringen die fünf westdeutschen Regionen (NUTS-2-Ebene, vglb. mit den Regierungsbezirken) mit der höchsten Produktivität¹⁷ in Summe 26% der Wertschöpfung und fast die Hälfte der privatwirtschaftlichen FuE-Ausgaben – bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19%. Wie die ökonomische Literatur zeigt, ist es für – mintunter bedingt in „historischen Unfällen“¹⁸ – etablierte Agglomerationszentren leichter, ihre Stärken weiter auszubauen als für die Peripherie, diese aufzuholen¹⁹. Dies hängt mit einer sich selbst erhaltenden Konzentration von Forschungsstandorten und weiteren wissens- und wertschöpfungsintensiven Bereichen auf wenige Regionen zusammen, die wiederum den Nukleus für neue Investitionen in diesen Regionen bilden.

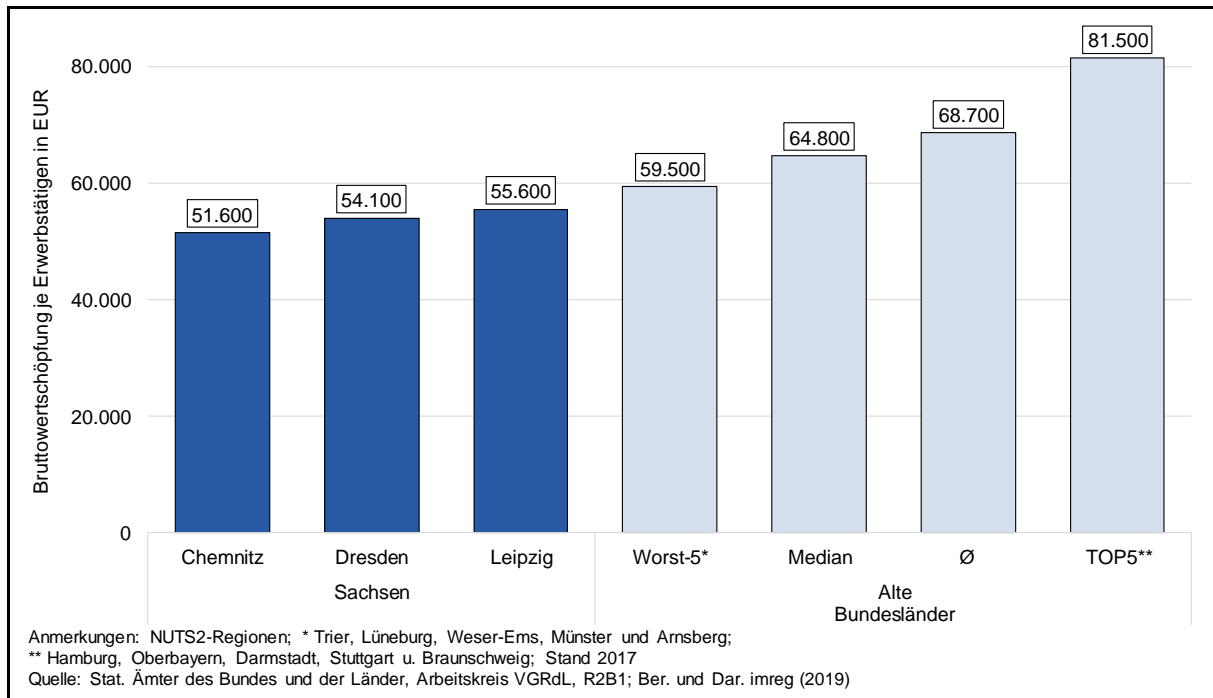
Anteil der TOP-5-Regionen an ausgewählten Kennziffern



Es handelt sich hierbei aber nicht um ein rein sächsisches oder ostdeutsches Phänomen. Vielmehr ragen die wirtschaftsstarke Agglomerationen aufgrund der oben gezeigten Konzentrationseffekte auch in den westdeutschen Bundesländern vom Umland heraus. Folge ist eine deutlich stärkere Spreizung der regionalen Wirtschaftskraft innerhalb der westdeutschen Bundesländer. Die benachbarten NUTS-2-Regionen Lüneburg und Hamburg, Gießen und Darmstadt oder auch die bayerischen Regierungsbezirke Oberpfalz und Oberbayern zeichnen sich jeweils durch teilweise weitaus größere wirtschaftliche Divergenzen als zwischen Sachsen und dem westdeutschen Mittelwert aus.

Wie stark letzterer durch die stärksten Regionen beeinflusst ist, zeigt sich darin, dass sich die Produktivitätslücke Sachsens um ein Viertel reduziert, wenn nicht der Durchschnitt, sondern der Median der westdeutschen Länder als Vergleichsmaßstab gewählt wird.

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Sachsen im nationalen Vergleich

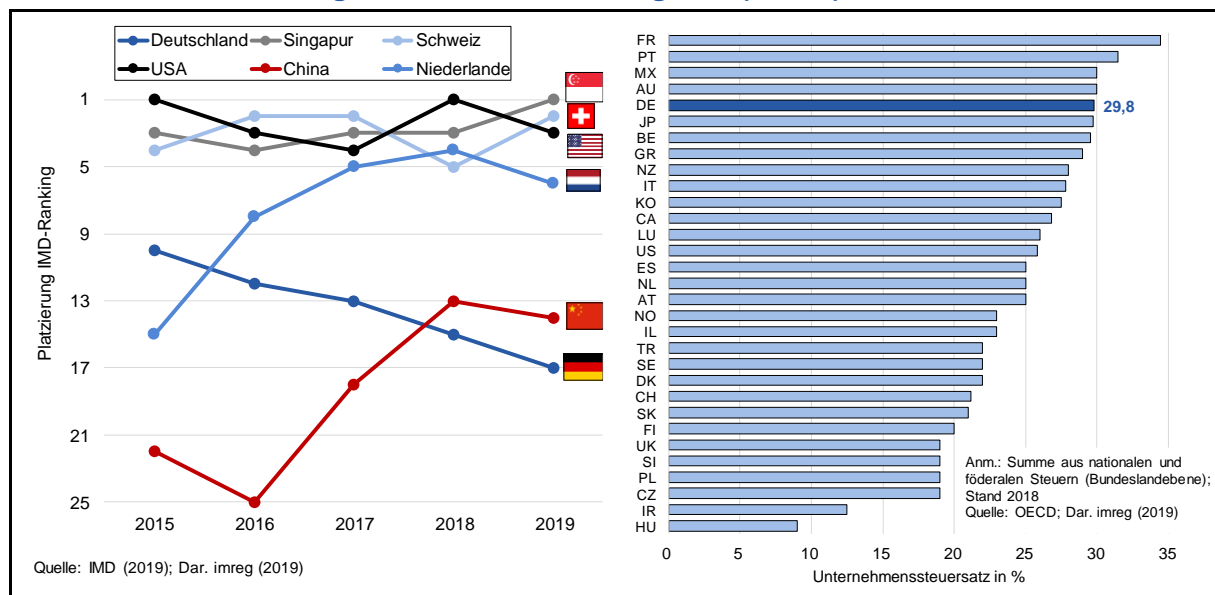


Nach der Zäsur der deutschen Teilung und der sich nach der Wiedervereinigung ergebenden Wirtschaftsstruktur gehören Sachsen wie auch die anderen ostdeutschen Länder zu den aufholenden Regionen Europas. Sachsen ist dies zwar in den letzten drei Jahrzehnten überdurchschnittlich gut gelungen, dennoch besteht weiterhin Nachholbedarf, der letztlich nur langfristig über einen sukzessiven Wachstumsprozess und die Weiterentwicklung eigener Potenziale reduziert werden kann. Dagegen ist die Annahme unrealistisch, Sachsen könnte Ziel größerer (Rück-)Verlagerungen von Unternehmenszentralen werden oder der Aufbau vergleichbarer Wertschöpfungsstrukturen ließe sich planwirtschaftlich über die Bevorzugung von Städten bei Fördermitteln erreichen²⁰. Stattdessen droht diese Strategie eher noch den sich in Sachsen in den letzten Jahren wieder etablierten industriellen Mittelstand zu schwächen, der vornehmlich in den Landkreisen angesiedelt ist²¹. Dieser muss vielmehr als Basis für die endogene wirtschaftliche Weiterentwicklung des Freistaates begriffen werden, aus denen sich über kontinuierliches Wachstum mittel- bis langfristig Agglomerationsvorteile ergeben können.

Sachsens Sandwich-Position verlangt verbesserte Investitionsbedingungen – Rekordbelastung bei Gewerbesteuer muss reduziert werden

Insofern erscheint der seit vielen Jahren anhaltende Trend rückläufiger Investitionen in Sachsens Industrie alarmierend, zumal grundsätzlich gute Finanzierungsbedingungen bestanden²². Gerade die mittelständisch geprägte Wirtschaft im Freistaat kann sich allerdings nicht der anhaltenden Verschlechterung der Investitionsbedingungen am Standort Deutschland entziehen. Von 2015 bis 2019 ist Deutschland im globalen Vergleich von Investitionsbedingungen vom 10. auf den 17. Platz abgerutscht, während Länder wie die Niederlande und China an der Bundesrepublik vorbeizogen. Ursache sind eine weiter zunehmende Bürokratie (Datenschutzgrundverordnung, Entsenderichtlinie²³, etc.) sowie die durch hohe Steuern und steigende Sozialabgaben angeheizte Kostenbelastung, während die infrastrukturellen Voraussetzungen hinter der in anderen Ländern zurückfallen. So ist die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland die vierthöchste im Vergleich aller OECD-Länder. Während bspw. China und die USA ihre Unternehmenssteuern zuletzt deutlich gesenkt haben, diskutiert die Bundesregierung trotz Rekordsteuereinnahmen noch immer über die eigentlich längst fällige Abschaffung des Solidaritätszuschlages²⁴.

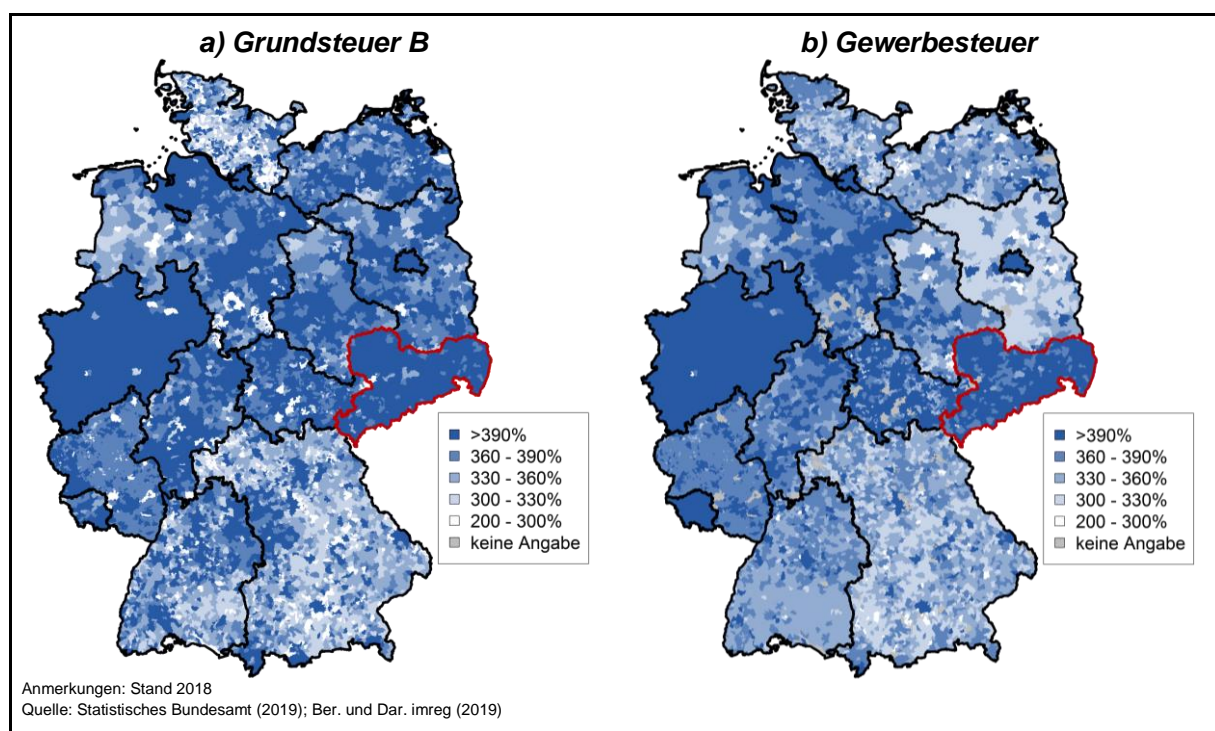
Platzierung ausgewählter Länder im IMD-Ranking der Wettbewerbsfähigkeit (links) und Unternehmenssteuerbelastung im internationalen Vergleich (rechts)



Die sächsische Wirtschaft, die zum einen mittelständisch geprägt ist und sich zum anderen bei Investitionsentscheidungen in einer schwierigen „Sandwich“-Position zwischen den hauptsächlich westdeutschen bzw. westeuropäischen Entscheidungszentralen auf der einen und den nach wie vor deutlich kostengünstigeren Produktionsstandorten im Osten auf der anderen Seite befindet, leidet letztlich überdurchschnittlich unter den verschlechterten Rahmenbedingungen²⁵. Viele relevante Maßnahmen zur möglichen Entlastung des Mittelstandes (bspw. die vollständige Abschaffung des

Solidaritätszuschlages und der Kalten Progression bei der Einkommenssteuer) können zwar nur auf Bundes- oder sogar europäischer Ebene geregelt werden. Der Freistaat hat in den vergangenen Monaten zumindest Schritte zur bürokratischen Entlastung des Mittelstandes selbst eingeleitet oder durch Initiativen im Bundesrat versucht, im Interesse der sächsischen Wirtschaft zu agieren. Zudem existieren mit Blick auf die weit überdurchschnittliche Grund- und Gewerbesteuerbelastung in Sachsen weitere Möglichkeiten, den Mittelstand zu entlasten.

Hebesätze der deutschen Gemeinden

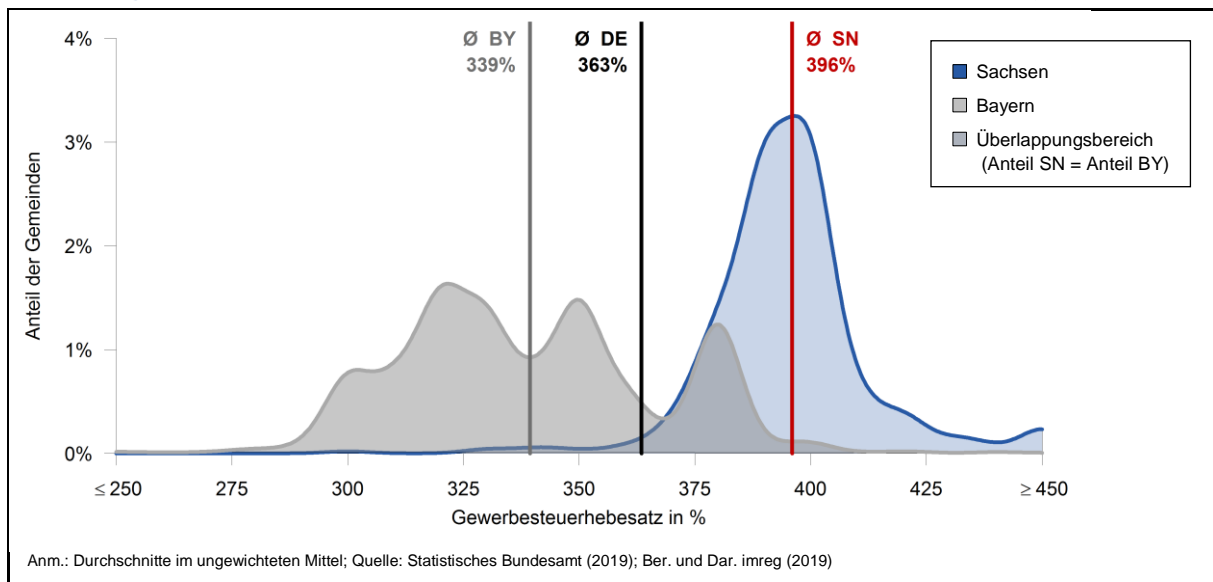


So liegen die sächsischen Hebesätze sowohl bei der Grundsteuer B als auch bei der Gewerbesteuer sowohl im Durchschnitt als auch in der Fläche deutlich über dem Bundesniveau, was konkrete wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt: So muss ein typisches mittelständisches Industrieunternehmen²⁶ in Sachsen rd. 11.800 EUR mehr Gewerbesteuer als im Bundesschnitt zahlen (+9%)²⁷. Im Vergleich mit dem Nachbarland Bayern beträgt die Mehrbelastung sogar 17%, woraus sich eine Differenz von 20.500 EUR pro Jahr bei der Gewerbesteuer ergibt. Vergleicht man Gemeinden der beiden Freistaaten mit ähnlicher Einwohnerzahl, werden die Unterschiede sogar noch größer²⁸. Damit entzieht Sachsen seinem Mittelstand überproportional Eigenmittel, die dieser aber dringend benötigte, um weiter in Innovationen, Mitarbeiter sowie neue Maschinen und Anlagen zu investieren.

Der Hauptgrund für das hohe sächsische Niveau liegt in der ungünstigen Ausgestaltung des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes²⁹, das den kommunalen Finanzausgleich (FAG) regelt. Da der

FAG rd. 30% der kommunalen Einnahmen repräsentiert³⁰, ist es nachvollziehbar, dass die Gemeinden ihre Steuergestaltung stark an den darin (implizit) festgelegten Hebesätzen ausrichten. Was aus Sicht einer Gemeinde rational ist, ist aus gesamtsächsischer Perspektive jedoch schädlich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, da es hier zu einem steuerlichen „race to the top“ (oder zumindest einem „race above the Nivellierungshebesatz“) kommt. Nicht zufällig liegt der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz der sächsischen Gemeinden knapp über dem darin festgelegten Nivellierungshebesatzes für die Gewerbesteuer in Höhe von 390% (kreisfreie Städte: 450%), da die Gemeinden hierdurch ihre FAG-Zuweisungen optimieren können³¹.

Verteilung der Gewerbesteuerhebesätze in den Gemeinden Sachsens und Bayerns



Neben der höheren Steuerbelastung in Sachsen ist ein Erlahmen des innersächsischen Steuerwettbewerbs die Folge, was sich auch deutlich an der Struktur der Verteilung der Gewerbesteuerhebesätze ablesen lässt: Während sich die sächsischen Gemeinden annähernd normalverteilt um den Nivellierungshebesatz gruppieren, existiert in Bayern eine sehr große Bandbreite unterschiedlich hoher Hebesätze ohne einen eindeutigen Schwerpunkt, was den stärkeren Gestaltungsspielraum auf kommunaler Ebene widerspiegelt. Bei der Grundsteuer B ist die Situation sogar noch prekärer, da der FAG hier keinen expliziten Nivellierungshebesatz vorgibt, sondern diesen vom jeweiligen Mittelwert aller Hebesätze abhängig macht³², was einen „Hamsterradeffekt“ provoziert. Angesichts der absehbaren Änderung bei der Grundsteuerberechnung muss diese Spirale nach oben dringend abgebrochen werden, um Mehrbelastungen für sächsische Steuerzahler infolge der Reform zu vermeiden.

Fazit

Zusammenfassend kann Sachsen zwar auf eine überdurchschnittlich positive Entwicklung in den letzten Jahrzehnten zurückblicken, darf sich angesichts des persistenten innerdeutschen Wohlstandsgefälles und neuer Herausforderungen hierauf jedoch nicht ausruhen. Ein weiterer erfolgreicher Aufholprozess kann nur langfristig über gute Rahmenbedingungen für Wachstum und kontinuierliche Investitionen gelingen. Neben Defiziten bei der Infrastruktur und im Bildungsbereich ist die Steuer- und Abgabenbelastung zu einem Standortnachteil Deutschlands geworden, welcher sich in Sachsen noch verschärfter darstellt und erkennbar die Investitionstätigkeit hemmt.

Mit Blick auf die bedrohliche Sandwichlage zwischen West und Ost, die sich in einer alarmierend schwachen Investitionstätigkeit in Sachsens Industrie widerspiegelt, muss der Freistaat dringend seine bestehenden Möglichkeiten nutzen, die Investitionsbedingungen zu verbessern. Dies schließt nicht zuletzt vor allem die Lösung bestehender Defizite bei der Infrastruktur³³ sowie im Bildungsbereich³⁴ ein. Darüber hinaus muss aber vor allem der FAG so reformiert werden, dass er wieder mehr Wettbewerb um gute Rahmenbedingungen zulässt, wofür eine deutliche Senkung des Nivellierungshebesatzes unter den Bundesdurchschnitt, geboten ist. „Gewerbsteuerreiche“ Kommunen dürfen nicht länger dafür bestraft werden, wenn diese niedrigere Hebesätze anwenden. Auch die Neuausgestaltung der Grundsteuer, bei der der Freistaat einen sächsischen Sonderweg verfolgt³⁵, muss auf eine Entlastung der Bürger und Unternehmen ausgerichtet werden und darf nicht Gemeinden benachteiligen, die ihre Bürger über niedrigere Hebesätze nicht stärker als bislang belasten wollen.

Dresden, August 2019

-
- ¹ So erreichen bspw. die Nachbarländer Tschechien und Polen derzeit nur 63% bzw. 42% des nominalen Pro-Kopf-BIP der EU-28. Vgl. Eurostat-Datenbank, <https://ec.europa.eu/eurostat/data/database>.
- ² Vgl. imreg (2019): Guter sächsischer Arbeitsmarkt dank hoher Investitionen – ungebremste Umverteilung belastet Aufholprozess, imreg Standpunkt 04/2019.
- ³ Vgl. Vgl. Eurostat-Datenbank, <https://ec.europa.eu/eurostat/data/database>.
- ⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2019): Gemeindedaten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wohn- und Arbeitsort 2018, Deutschland, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden, Nürnberg.
- ⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2019): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Deutschland, Länder 2018, Nürnberg.
- ⁶ Vgl. Stat. Bundesamt (verschiedene Jg.): Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.3, Wiesbaden. 2018 betrug der durchschnittliche Bruttojahresverdienst (inkl. Sonderzahlungen) eines sächsischen Arbeitnehmers in Vollzeit rd. 41.200 EUR. 2008 waren es noch 31.400 EUR.
- ⁷ So war der Wanderungssaldo gegenüber den Alten Bundesländern 2014, 2015, 2017 und 2018 positiv. Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen (2017): 2. Sächsische Wanderungsanalyse, Kamenz.
- ⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1, Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Wiesbaden.
- ⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Abruf aus der GENESIS-Online-Datenbank auf Basis der Ergebnisse der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.
- ¹⁰ Jeweils gegenüber dem Jahr 2017. Vgl. Handelsblatt: Die schwierige Aufholjagd, Ausgabe vom 17.06.2019, S. 6.
- ¹¹ Bspw. beträgt die durchschnittliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Sachsen 81% des deutschen Vergleichswertes. Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1.
- ¹² Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst (inkl. Sonderzahlungen) betrug in Sachsen 2018 rd. 41.200 EUR und somit 80% des deutschen Durchschnittes (51.300 EUR). Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.3, Wiesbaden.
- ¹³ Bspw. werden in Sachsen 24% aller FuE-Ausgaben von Firmen mit 50-499 Beschäftigten getätigt, bundesweit dagegen nur 10% aller FuE-Ausgaben. Vgl. Siferverband (2019): Zahlenwerk 2017.
- ¹⁴ Bspw. liegt der Anteil von Spezialisten und Experten an allen SV-Beschäftigten in Betrieben mit 1.000 und mehr Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen bei 28%, wohingegen es bundesweit 40% sind. Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik.
- ¹⁵ Das durchschnittliche Jahresergebnis vor Steuern betrug 2016 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe 4,5%, wohingegen es bundesweit 4,8% waren. Vgl. Deutsche Bundesbank (2019): Verhältniskennzahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2015 bis 2016 (endgültige Werte), Statistische Sonderveröffentlichung 6, Frankfurt am Main.
- ¹⁶ Vgl. IWH (2019): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Halle/Saale.
- ¹⁷ Dabei handelt es sich um die NUTS2-Regionen (in absteigender Reihenfolge nach der durchschnittlichen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen): Oberbayern, Hamburg, Darmstadt, Stuttgart und Braunschweig.
Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2017, Reihe 2, Band 1.
- ¹⁸ Krugman, P.; Obstfeld, M.; Melitz, M. (2012): International Economics. Theory & Policy, 9. Auflage, Pearson, Boston, S. 152.
- ¹⁹ Vgl. ebd.
- ²⁰ Vgl. Fn. 16.
- ²¹ Vgl. imreg (2018): Von Leucht- und Elfenbeintürmen – Konzentration auf Großstädte würde künftige Entwicklung Sachsens gefährden, imreg Standpunkt 11/2018.
- ²² Vgl. Fn. 2.
- ²³ Vgl. Richtlinie (EU) 2018/957 des Europ. Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen, ABl. L 173 vom 09.07.2018, S. 17-24. Dabei werden unter dem Deckmantel des Schutzes vor „Sozialdumping“ günstigere Arbeitskräfte diskriminiert. Dies betrifft v.a. osteuropäische Beschäftigte, die in Westeuropa tätig sind und so ihr niedriges Lohnniveau, das zugleich ihr komparativer Vorteil gegenüber der (teureren) westeuropäischen Konkurrenz ist, nicht einsetzen können.
- ²⁴ Vgl. DER SPIEGEL (2017): China kontert Trumps Steuersenkung, 28.12.2017.
- ²⁵ Vgl. imreg (2018): Regionalranking der M+E-Industrie in Osteuropa im Vergleich zu Sachsen, Dresden.
- ²⁶ Ein ostdeutsches Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 10-50 Mio. EUR Jahresumsatz erzielt im Durchschnitt einen Jahresumsatz von 23,9 Mio. EUR und eine Vorsteuerrendite von 4,3%; abgeleitet von Deutsche Bundesbank (2019), Verhältniskennzahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2015 bis 2016 (endgültige Werte), Statistische Sonderveröffentlichung 6, Frankfurt am Main.
- ²⁷ Alle Durchschnittswerte beziehen sich auf den *ungewichteten* Mittelwert. Gewichtet man die Hebesätze (mit dem Steueraufkommen der Gemeinden), sind die Differenzen zwischen Sachsen und den anderen Regionen zwar geringer (5% ggü.

dem Bund und 13% ggü. Bayern), das Niveau jedoch noch höher als beim ungewichteten Mittelwert. Für alle nachfolgenden Beispiele wurden Hinzurechnungs-, Kürzungs- oder Freibeträge annahmegemäß ausgeschlossen. Für die verwendeten Hebesätze vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Steuern regional, Ausgabe 2017, Wiesbaden.

- ²⁸ Bspw. muss dieselbe Firma im vogtländischen Plauen (65.100 Einwohner) 22.600 EUR mehr zahlen als im etwa gleich großen, allgäuischen Kempten (67.700 Einwohner). Noch drastischer fällt der Unterschied zwischen Görlitz (56.200 Einwohner) und dem bayerischen Neu-Ulm (57.400 Einwohner) mit einer Differenz von 32.300 EUR bzw. 25% höherer Gewerbesteuerbelastung aus. Selbst in der sächsischen Gemeinde mit dem niedrigsten Hebesatz (Tirpersdorf mit 300%) ist die Belastung 25.100 EUR bzw. 30% höher als in den bayerischen Gemeinden mit dem niedrigsten Hebesatz (Wolfertschwenden und Rettenbach am Auerberg mit jeweils 230%).
- ²⁹ Sächsisches Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 797) geändert worden ist.
- ³⁰ Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2017): Überblick zur Funktionsweise des kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat Sachsen, Broschüre.
- ³¹ So ist es aus Sicht einer Gemeinde irrational, einen Hebesatz unterhalb des Nivellierungshebesatzes (NHS) anzuwenden, da ihre Steuerkraft im FAG so bemessen wird, als ob sie den höheren NHS verlangte. Würde sie es dennoch tun, hätte sie den Nachteil, einerseits ein geringeres Gewerbesteueraufkommen zu erzielen und andererseits geringere FAG-Zuwiesungen zu erhalten, da ihre Steuerkraft nach der FAG-Logik höher liegt. Bei der Steuerkraft handelt es sich um jene zentrale Größe, die im Abgleich mit der sog. Bedarfsmesszahl darüber entscheidet, welche Zahlungen eine Gemeinde zu leisten hat bzw. welche Zuweisungen ihr zustehen. Umgekehrt erzielt eine Gemeinde, deren Hebesatz über dem NHS liegt, einerseits ein höheres Gewerbesteueraufkommen, andererseits erhält sie höhere FAG-Zuwiesungen, da ihre Steuerkraft nach der FAG-Logik niedriger liegt.
- ³² Konkret wird für die Ermittlung des Nivellierungshebesatzes der Grundsteuer A und B der kreisangehörigen Gemeinden der „gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz, abgerundet auf den nächsten durch 7,5 teilbaren Hebesatz“ (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 SächsFAG) verwendet.
- ³³ Vgl. imreg (2018): Musterland auf dem Weg zum Abstellgleis? – zu Verkehrsinfrastrukturdefiziten in Sachsen, imreg Standpunkt 09/2018.
- ³⁴ Vgl. imreg (2019): Umsteuern bei Lehrerausbildung zeigt erste Effekte - weitere Hausaufgaben müssen erledigt werden, imreg Standpunkt 06/2019.
- ³⁵ Vgl. Eigene Grundsteuer auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.06.2019, S. 17.